Einzelpreis 40 Pfg. für Groß-Berlin 50 Pfg. für auswärts • 5. Jahrg.

Montag, 23. Januar 1922

Nummer 38 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erſcheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt" — „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genoſſe". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zuſtellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Poſtbezug nehmen ſämtliche Poſtanſtalten Beſtellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutſchland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet ſowie die früheren deutſchen Gebiete Polens und Luxemburg 53.— M., für das übrige Ausland 75.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die zehngeſpaltene Nonpareillezeile oder deren Raum koſtet 8.— M. einſchließlich Inſeratenſteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einſchließlich Inſeratenſteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Geſuche 4.00 M. netto pro Zeile. Stellen-Geſuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernſprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutſchlands

Wahlſieg in Braunſchweig

Das vorläufige Wahlergebnis

Braunſchweig, 23. Januar.

Bei den geſtrigen Wahlen zur braunſchweigiſchen Landesverſammlung wurden nach nichtamtlichen Zählungen abgegeben für den Landeswahlverband 96 406, für die Demokraten 28 110, die Mehrheitsſozialiſten 51 502, die Unabhängigen 68 215, die Kommuniſten 10 131 Stimmen. Das amtliche Ergebnis iſt kaum vor Ende der Woche zu erwarten.

Die vorausſichtliche Zuſammenſetzung des Landtags

Braunſchweig, 23. Januar.

Nach dem bisher vorliegenden, aber noch nicht endgültigen Ergebniſſe der Wahlen zum braunſchweigiſchen Landtage würde ſich nach einer Meldung der braunſchweigiſchen Landeszeitung im Landtage Stimmengleichheit zwiſchen den ſozialiſtiſchen und den bürgerlichen Parteien ergeben. Der Landeswahlverband würde 24 Sitze, die Demokraten 6, die Rechtsſozialiſten 12, **die Unabhängigen 16** und die Kommuniſten 2 Sitze im Landtag bekommen. Bisher war im Landtag eine ſozialiſtiſche Mehrheit von 32 gegen 28 bürgerlichen Stimmen. Das noch ausſtehende Wahlergebnis aus einer Reihe kleinerer Ortſchaften kann das Stimmenverhältnis noch ändern.

Das Wahlergebnis in Braunſchweig-Stadt

Braunſchweig, 22. Januar.

Bei den im ganzen Freiſtaat Braunſchweig abgehaltenen Landtagswahlen wurden in der Stadt Braunſchweig 41 743 Stimmen für die bürgerlichen Parteien und 43 303 Stimmen für die ſämtlichen ſozialdemokratiſchen Parteien abgegeben. Nicht gewählt haben in der Stadt Braunſchweig etwa 10 Prozent Wähler. Stimmenzuwachs haben erhalten: Der Landesverband 6600 Stimmen, die Demokraten 1000 Stimmen, die Mehrheitsſozialdemokraten 3900 und die Kommuniſten 3000 Stimmen. Hingegen haben die Unabhängigen etwa 2000 Stimmen verloren.

Ueber das Wahlergebnis der Stadt Braunſchweig im Vergleich zu den früheren Wahlen gibt nachfolgende Tabelle Aufſchluß:

	Stadtverordnetenwahl 1914	Landtagswahl 1918	Magiſtratswahl 1919	Landtagswahl 1920	Stadtverordnetenwahl 1921	Landtagswahl 1922
Landesw.-Verband ...	14 589	14 719	15 203	27 271	37 119	33 833
Demokraten	18 064	18 124	11 688	6 886		7 910
Rechtsſozialiſten	17 143	13 166	5 351	8 228	8 029	11 950
Unabhängige	23 508	23 071	15 762	28 022	17 399	26 637
Kommuniſten	—	—	—	1 692	4 159	4 718
Insgeſamt	73 304	69 080	48 004	71 900	66 905	85 048

•

Der Wahlkampf im Freiſtaat Braunſchweig wurde mit einer Heftigkeit geführt, die ohne Beiſpiel iſt. Es war ein ausgeſprochener Machtkampf. Die bürgerlichen Parteien überboten ſich untereinander in der Verleumdung der ſozialiſtiſchen Parteien. Den ſtärkſten Stoß hatte naturgemäß die U. S. P. D. auszuhalten, weil dieſe ſeit der Revolution die ſtärkſte Machtpoſition im Landtag innehatte und weil deren Vertreter in der Regierung am energiſchſten und zielbewußteſten eine Republikaniſierung und Demokratiſierung anſtrebten. Nur zwei bürgerliche Parteien traten in den Wahlkampf. Die Demokraten, die an ſich ſehr ſchwach ſind und deren Einfluß ſeit der Revolution andauernd zurückgegangen iſt, haben in der Bekämpfung der Sozialdemokratie faſt ebenſoviel geleiſtet, wie der berüchtigte Landesverband, der unter der Führung der Deutſchnationalen und der Deutſchen Volkspartei ſteht und dem ſich der übliche kleine Parteimiſchmaſch angeſchloſſen hat.

Der Kampf der bürgerlichen Parteien richtete ſich faſt ausſchließlich gegen die Perſonen, die in Braunſchweig an führender Stelle der U. S. P. D. ſtehen. Ein wahrer Regen von Flugblättern und Bilderbogen ging auf das kleine Land hernieder. Der Textteil der bürgerlichen Zeitungen reichte nicht aus, um die aufgeſpeicherte Niedertracht aufzunehmen, deshalb wurden, beſonders in den letzten Tagen, auch die Inſeratenſeiten mit verleumderiſchen Aufrufen und Behauptungen angefüllt. Das angebliche Rittergut des Kommuniſten Adolf Hoffmann mußte zur Verleumdung der ſozialiſtiſchen Parteien herhalten, ein deutſchnationaler Agitator namens Dr. Frenſſen behauptete in jeder Verſammlung, die U. S. P. D. beziehe laufende Geldunterſtützungen von der franzöſiſchen Regierung, weil ſie für die Abtretung der Rheinlande an Frankreich eintrete. Sein Lügenmaul war nicht zu ſtopfen. Berichtigungen waren zwecklos, und ſo war in den letzten Tagen die Stimmung der Bevölkerung bis zur Siedehitze geſteigert.

Die ungeheuren Anſtrengungen der Gegner trugen weſentlich dazu bei, daß auch das Proletariat aufgerüttelt wurde. Unſere Partei hat in Braunſchweig Großartiges geleiſtet. Auch das kleinſte Dorf wurde von der Wahlagitation erfaßt. Die Verſammlungen waren überall glänzend beſucht, die organiſierten Genoſſen waren Tag und Nacht auf den Beinen, um für den Sieg ihrer Sache zu wirken. War die U. S. P. D. den Gegnern politiſch nicht nur gewachſen, ſondern ſogar weit überlegen, ſo konnte ſie, materiell geſehen, das Aufgebot an Kräften nicht ausgleichen. Die Partei verfügt im ganzen Freiſtaat Braunſchweig nur über eine Zeitung. Den Gegnern ſtanden Dutzende von Blättern zur Verfügung, von dem ungeheuren Flugblattregen, den ſie auf das Land niedergehen ließen und der Millionen verſchlungen hat, ganz abgeſehen.

So geſehen kann die Partei mit dem Ausgang der Wahl durchaus zufrieden ſein. Gegenüber der Landtagswahl im Mai 1920, wo die Partei rund 86 000 Stimmen auf ſich vereinigte, hat ſie trotz der Spaltung nur eine Einbuße von ungefähr 18 000 Stimmen erlitten. Die Rechtsſozialiſten haben etwas zugenommen, die Kommuniſten ſind ein kleines bedeutungsloſes Häuflein geblieben.

Am erfreulichſten iſt das Wahlergebnis in der Stadt Braunſchweig, insbeſondere wenn es mit den Wahlen zur Stadtverordnetenverſammlung vom Mai 1921 verglichen wird. Die U. S. P. D. brachte es damals in der Stadt Braunſchweig nur auf 17 399 Stimmen. Die drei ſozialiſtiſchen Parteien vereinigten auf ſich zuſammen 29 786 Stimmen, während es die bürgerlichen Parteien auf 37 119 Stimmen brachten. Bei der jetzigen Landtagswahl konnte die U. S. P. D. ihre Stimmen auf nahezu 27 000 erhöhen. Die drei ſozialiſtiſchen Parteien haben diesmal in der Stadt Braunſchweig 43 813 Stimmen erhalten, während es die Bürgerlichen nur auf 40 513 Stimmen brachten. Es iſt ſomit in der Stadt Braunſchweig eine ſozialiſtiſche Mehrheit vorhanden.

Das Wahlergebnis ſteht noch nicht endgültig feſt, es wird vor Ende der Woche kaum zu erfahren ſein. Eine ſchwache ſozialiſtiſche Mehrheit im Landtag ſcheint geſichert zu ſein. Die bürgerlichen Parteien in Braunſchweig waren nach der Verkündung der Wahlreſultate ſehr enttäuſcht. Sie rechneten mit einem überwältigenden Sieg über die ſozialiſtiſchen Parteien.

Der Papſt geſtorben

Rom, 22. Januar.

Seine Heiligkeit Papſt Benedikt XV. iſt 6 Uhr morgens geſtorben.

Rom, 22. Januar.

Das Kardinalkollegium hielt unter dem Vorſitz des Kardinalſtaatsſekretärs Gaſparri ſeine erſte Verſammlung ab, um über die Beiſetzungsfeierlichkeiten und die Eröffnung des Konklaves Beſtimmungen zu treffen.

Das heilige Kollegium zählt gegenwärtig 61 Kardinäle, davon 31 Italiener und 30 Ausländer. Unter den letzten befinden ſich drei Deutſche, zwei Oeſterreicher, fünf Franzoſen, ein Belgier, ein Ungar, ein Tſchechoſlowake, zwei Polen, ein Holländer, ſechs Spanier, ein Portugieſe, fünf Amerikaner, ein Kanadier und ein Braſilianer.

Eine gewaltige Menſchenmenge drängte ſich heute auf dem St. Petersplatze und ſtrömte in die Peterskirche. Faſt alle Theater und Lichtſpiele ſind zum Zeichen der Trauer geſchloſſen.

Der franzöſiſch-engliſche Schutzvertrag

Paris, 23. Januar.

Wie der „Matin" mitteilt, verlangt die franzöſiſche Regierung von der engliſchen, daß der Schutzvertrag nicht für die Dauer von 10, ſondern **für die Dauer von 25 Jahren** abgeſchloſſen werden ſolle. Die franzöſiſche Regierung verlange ferner, **daß jede Verletzung der von den Alliierten beſetzten Linien ſeitens Deutſchlands als ein feindſeliger Akt** betrachtet werde, der den casus foederis ſchaffe. Ein deutſcher Angriff gegen die engliſchen Linien im Rheinland ſolle ebenfalls als Kriegsakt betrachtet **werden, durch den die franzöſiſche Hilfe von ſelbſt gegeben** ſei. Schließlich verlangt Frankreich, daß die militäriſche Hilfe **zwiſchen den beiden Mächten in einer Militärkonvention klar zum Ausdruck gebracht werde.**

Wie „Petit Pariſien" mitteilt, ſind die Dokumente, welche die Grundlage der franzöſiſch-engliſchen Verhandlungen bilden ſollen, fertiggeſtellt. Es handelt ſich um vier Noten folgenden Inhalts:

1. Die Zuſatzanträge der franzöſiſchen Regierung zu dem vorgeſchlagenen Text der engliſchen Regierung, die einen engliſch-franzöſiſchen Schutzvertrag vorſchlägt, 2. franzöſiſche Vorſchläge, um dem türkiſch-griechiſchen Krieg durch Vermittlung der Mächte ein Ende zu bereiten, 3. Regelung der Frage von Tanger, 4. Stellungnahme der franzöſiſchen Regierung zur Frage der Konferenz von Genua.

Kritiſche Situation

Die Verhandlungen über ein Steuerkompromiß zwiſchen Zentrum und Rechtsſozialiſten haben bisher kein Ergebnis gehabt. Der „Vorwärts" ſchreibt unter dem Titel „Ernſte Lage" darüber folgendes:

„Eine Verſtändigung iſt bisher nicht zuſtande gekommen, ſie begegnet vielmehr den allergrößten Schwierigkeiten. Die Sozialdemokratiſche Partei bleibt dabei, daß die gewaltigen Laſten, die den Maſſen der Verbraucher zugemutet werden, zum Ausgleich ein ſichtbares Opfer des Beſitzes erfordern, das erheblich über die Vorſchläge der Regierungsvorlagen hinausgeht. Das Zentrum glaubt aber ſeine Wähler aus den beſitzenden Kreiſen, beſonders auf dem Lande, zu riskieren, wenn es den Forderungen der Sozialdemokratie entgegenkommt. Außerdem trägt es ſich mit der Hoffnung, daß es ſich für die Sozialdemokratie nur um „ein Manöver der letzten Stunde" handle, daß unſere Partei aber ſchließlich nachgeben werde, um in dieſem Augenblick eine Regierungskriſe mit ihren unabſehbaren außenpolitiſchen Folgen zu vermeiden.

Dieſe Lage der Dinge fordert eine klare Sprache. Und darum ſei offen ausgeſprochen, daß die Rechnung des Zentrums vielleicht richtig, daß ſie aber auch falſch ſein kann. Kommt keine befriedigende Verſtändigung zuſtande, dann ſteht unſere Fraktion vor einer der allerſchwerſten Entſcheidungen, die ſie jemals zu faſſen hatte, und es beſteht eine ſtarke Wahrſcheinlichkeit dafür, daß dieſe Entſcheidung für die klugen Rechner vom Zentrum eine heftige Ueberraſchung ſein wird.

Darum ſind diejenigen Kreiſe der Partei, die die drohende Kriſe vornehmlich unter außenpolitiſchem Geſichtspunkt ſehen, über die bisherige Entwicklung der Steuerangelegenheiten äußerſt beſorgt. Sie fürchten Schlimmes, wenn das Zentrum den notwendigen Forderungen der Sozialdemokratie nicht in ganz anderem Maße entgegenkommt, als das bisher der Fall geweſen iſt.

Bei alledem iſt zu bedenken, daß ſelbſt die ſo ſchwierige Verſtändigung zwiſchen Zentrum und Sozialdemokratie noch keine Mehrheit ſchafft, ſondern höchſtens einen parlamentariſchen Kern, um den ſich eine Mehrheit gruppieren kann. Mit der Verſtändigung zwiſchen den beiden Parteien iſt man noch nicht über den Berg.

Am Dienstag ſoll der Reichskanzler Dr. Wirth im Reichstag ſprechen. Wahrſcheinlich aber wird die große politiſche Ausſprache verſchoben werden müſſen, bis man in der Steuerfrage, die für die gegenwärtige Regierung eine Frage um Sein oder Nichtſein iſt, etwas klarer ſieht."

Auch der Reichstagspräſident Löbe beſchäftigte ſich in einer Berliner Verſammlung am Sonntag mit der Zuſpitzung der innerpolitiſchen Verhältniſſe. Löbe erklärte zunächſt das Steuerkompromiß für eine bittere Notwendigkeit, da die Entente befugt ſei, Deutſchland Steuern in einer Höhe aufzuerlegen, die nicht geringer ſein darf als in den Siegerländern. Die Erfaſſung der Goldwerte ſei im jetzigen Zeitpunkte nicht durchzuſetzen, da auch Zentrum und Demokraten in der augenblicklichen Situation dagegen ſeien. Da die gegenwärtigen Vorlagen der Regierung ungenügend ſeien, bleibe noch der Weg einer Zwangsanleihe, die uns zwei bis drei Goldmilliarden bringen könnte. Die Entſcheidung müſſe bis zum 27. Januar fallen. Löbe fuhr dann fort:

„Mißlingt das Steuerkompromiß, ſo könnte **das Kabinett Wirth** vielleicht ſchon am Mittwoch über keine Majorität verfügen. Dann bliebe **Auflöſung des Reichstages** oder **Rücktritt des Kabinetts Wirth.** Vor der Auflöſung hätte die S. P. D. keine Angſt. Bei einem Rücktritt Wirths müſſe mit der Entſtehung einer rein **bürgerlichen Regierung** gerechnet werden. Dieſe bedeutete außenpolitiſch eine Gefahr und ihre unausbleibliche Folge wäre ein großer Markſturz. Wir haben uns an der Regierung nur beteiligt, um das Aeußerſte, die Beſetzung des Ruhrgebietes oder eine neue Blockade zu verhindern. Die Unabhängigen haben bisher das Erfüllungskabinett Wirth möglich gemacht; ohne ihre Mithilfe kann deſſen Sturz jeden Tag erfolgen. Jedenfalls dürfte in der Steuerfrage von der S. P. D. **unter keinen Umſtänden ein weiteres Entgegenkommen** erwartet werden. Sie würde auf ihre Sitze in der Regierung verzichten und in die Oppoſition zurückkehren. Eine **Regierung Streſemann-Helfferich** könne ſich ebenſo wenig lange halten wie das Kabinett Poincaré in Frankreich."

Man ſieht, die deutſche Politik ſteht vielleicht vor einem entſcheidenden Wendepunkt. Bis zum 27. Januar muß die Antwort an die Reparationskommiſſion gegeben werden, wie ſich die deutſche Regierung die Beſeitigung des Defizits und die Einſchränkung der Notenausgabe vorſtellt und welche Reparationsleiſtungen ſie in Barzahlungen und Sachlieferungen anbieten kann.

Selbſtverſtändlich muß hinter einer ſolchen Antwort eine Regierung ſtehen, die über eine Majorität im Reichstag verfügt. Für die Außenpolitik der Regierung iſt eine ſolche Majorität zweifellos vorhanden, da dieſe auch auf unſere Unterſtützung zählen kann. In den Steuerfragen hat aber die Regierung durch ihr Zögern und ihre mangelnde Entſchloſſenheit eine kritiſche Lage geſchaffen. So ſind alle außenpolitiſchen Notwendigkeiten und Erfolgsmöglichkeiten von der Unzulänglichkeit der inneren Politik in Frage geſtellt.

Die Kampflüsternen

Eine Attacke des sächsischen Bürgertums

Aus Sachsen wird uns geschrieben:

Man hat sich seit langem in Sachsen daran gewöhnt, daß die bürgerlichen Vertreter im Landtag keine Gelegenheit vorübergehen lassen, der proletarischen Mehrheit und der Regierung des Landes erbittertste Feindschaft zum Ausdruck zu bringen. Dies Verhalten hat zum mindesten den Vorteil, daß es die politische Atmosphäre reinigt. Die Fronde der kapitalistischen Vertreter gegen die Arbeiterklasse — das zwingt die Linke in Sachsen, über Parteirücksichten hinweg die Kräfte zu einheitlichem Handeln gegen die reaktionären Angriffe einzusetzen. Allein die Tatsache, daß der kommunistische Führer in Sachsen, der Abgeordnete Siewert, bereits jetzt in seiner Zeitung für die Annahme des Budgets eintritt, beweist die heilsame Wirkung konsequenter Ausnützung des Parlamentarismus, wie sie durch die USP. vertreten wird.

Die Bürgerlichen werde durch Erfolge der Regierung in zunehmendem Maße beunruhigt. Daß aber gar gemeinsame Beratungen der Minister in den sozialistisch regierten Ländern Sachsen, Braunschweig und Thüringen stattgefunden haben, geht den Bürgerlichen über alle Begriffe. Ja, wenn die Hüter der Reaktion sich zusammenfinden, das ist völlig in Ordnung. Aber Sozialisten? Das bedeutet Gefahr! Also interpellierten die Bürgerlichen im sächsischen Landtage und allen voran die sogenannten Demokraten. Dieselben Leute, die noch in jüngster Zeit für ein Groß-Sachsen mit Einschluß Thüringens eintraten, waren gewaltig in Harnisch gebracht, weil die sozialistischen Minister engere Beziehungen mit den Ländern gleicher Struktur aufnahmen. Dabei ist keineswegs etwa die Bildung eines neuen mitteldeutschen Staates geplant; wir sind ja Anhänger des deutschen Einheitsstaates, sind bei Ausbruch der Revolution für die Aufhebung der Bundesstaaten eingetreten und können demgemäß den Nutzen eines neuen mitteldeutschen Staatsgebildes nur bedingt werten. Es handelte sich vielmehr bei den Beratungen der Minister um den sachlichen Meinungsaustausch über schwebende Probleme, die sich aus der Praxis ergaben, um Anregungen hinsichtlich der zu lösenden Fragen und um die Erzielung einer größeren Einheitlichkeit gegenüber der Reichsregierung bei den Beratungen im Reichsrat. Dazu liegt sowohl die Berechtigung, als auch die Notwendigkeit vor. Der reaktionäre Einfluß ist in Deutschland nachgerade so stark, daß es sehr erfreulich ist, wenn die Länder mit politisch gleichartiger Regierung ihre Bedeutung zu heben suchen. Das aber erregt ja gerade den Zorn der Bürgerlichen. Sie sind für Verständigung, sie sind sogar für Verschmelzung Sachsens mit Thüringen, aber — die Regierung muß bürgerlich sein. Der deutschnationale Redner im sächsischen Landtag empfahl mit zynischer Offenheit, die Regierung möge sich nur mit Preußen oder am besten mit Bayern beraten und von dort Anregungen entgegennehmen. Man hat den bürgerlichen Herrschaften auf viele neugierige Fragen geantwortet, die sie, um auf den Busch zu schlagen, stellten. Aber — was ist zu machen? — Sie waren nun einmal nicht zufriedenzustellen und haben einen Mißtrauensantrag eingebracht. Der wird dem Schicksal der Ablehnung verfallen.

Die bürgerliche Verärgerung wird der Arbeiterschaft der in Frage kommenden Länder nur die Wichtigkeit der Position beweisen, die eine sozialistische Regierung darstellt. Fürchten die Bürgerlichen, daß aus gemeinsamen Beratungen dieser Regierungen sozialistische Initiative ausgeht, so begrüßen und erhoffen wir das. Fortschrittliche Maßnahmen müssen im heutigen Deutschland mit seinen reaktionären Strömungen gegen eine Welt von Widerständen durchgekämpft werden — und wollten schon die sozialistischen Länder keine Verständigung — sie müssen sie suchen und sie werden ihre Lebensinteressen bewußt und freudig beraten und verknüpfen. Die heuchlerische Entrüstung des Bürgertums wäre allein Ansporn genug.

Wie sehr sich übrigens die kapitalistischen Vertreter einbilden, daß es in der deutschen Republik, die nach den Erwartungen derer, die sie errichteten, eine sozialistische sein sollte, wieder allenthalben nach ihrem Willen gehen müsse, zeigt ihre Bekämpfung einer Regierungsvorlage, die den 1. Mai und den 9. November zu gesetzlichen Feiertagen erklärt. Sie wollen sogar einen Volksentscheid in dieser Frage herbeiführen. Bei der antirepublikanischen Einstellung der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ist die heftigste Gegnerschaft zu jedem Wahrzeichen der Republik verständlich. Diese Zeitgenossen möchten die Republik lieber heute als morgen beseitigen und selbst jede Erinnerung an diese Staatsform austilgen. Daß dabei die „republikanischen" Demokraten die reaktionäre Front schließen helfen, beweist nur, wes Geistes Kind sie sind.

Wucherfreiheit und Knebelung der Landarbeiter

Die Vorbedingungen der Landwirtschaft

Das „Hilfswerk" der deutschen Landwirtschaft entpuppt sich immer mehr als der Versuch der junkerlichen Agrarier, die ihre Ausbeutungs- und Wucherfreiheit einengenden gesetzlichen Bestimmungen zu beseitigen. Wie die „Deutsche Tageszeitung" berichtet, fand am letzten Donnerstag eine gemeinsame Besprechung der Mitglieder des Reichslandbundes im Reichstage, Preußischen Landtage und Reichswirtschaftsrat statt. Ueber ihr Ergebnis wird berichtet:

„Einmütig kam zum Ausdruck, alle Kräfte für die Durchführung dieses Hilfswerkes einzusetzen, um dem Ziele die Wege zu ebnen, die Gesamternährung des deutschen Volkes aus einheimischen Erzeugnissen sicherzustellen. Der ganze Plan des Hilfswerkes könne indessen nur verwirklicht werden, wenn endlich stabile Verhältnisse geschaffen würden, denn der Landwirt muß die Lage auf längere Zeit übersehen können, wozu geordnete Verwaltung und ruhige Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt notwendig seien. Die notwendige **Regelung des Arbeitsrechtes und die Abänderung der überstürzten vorläufigen Landarbeiterordnung** wären weitere Vorbedingungen des Gelingens."

Damit ist die Heuchelei der Agrarier mit dem Plan ihres „Hilfswerks" endgültig enthüllt. Nicht die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, nicht die bessere und billigere Versorgung der Bevölkerung, sondern Herstellung völliger Wucherfreiheit und Knebelung der Landarbeiter sind die Ziele des „Hilfswerks".

Lüttwitz als Pensionsschieber

Die Genossin Zietz hat im Reichstag eine kleine Anfrage eingebracht, die ein krasses Licht auf die heimlichen Treibereien wirft, den Kapp-General Lüttwitz für seine vaterländische Putschaktion zu belohnen. Die kleine Anfrage lautet:

Zufolge zuverlässiger Mitteilungen bemüht sich der frühere General v. Lüttwitz um **die Zuerkennung der Reichspension.** Als Vermittler fungiert sein Rechtsbeistand von Strachwitz-München. In der letzten Zeit ist die betreffende Akte Nr. 24—1171 Buch-Nr. 2438, 11. 21 aus dem Amte verschwunden. Wie vermutet wird, um die Angelegenheit im Geheimen zu erledigen.

Ist der Reichsregierung diese Angelegenheit bekannt? **Was gedenkt sie zu tun, um die Zuerkennung einer Pension an den Hochverräter von Lüttwitz zu verhindern?**

Schwindelhafte Reklame

Ein kommunistischer Täuschungsversuch

Vom Bund der technischen Angestellten und Beamten wird uns geschrieben:

In großer Aufmachung bringt die „Rote Fahne" vom 20. Januar 1922 in ihrer Morgenausgabe unter der Ueberschrift: „Bahn frei für den Kampf um die Erfassung der Sachwerte" eine angeblich vom Geschäftsführenden Ausschuß des Ortshauptvorstandes Groß-Berlin des Bundes der technischen Angestellten und Beamten angenommene Entschließung, worin der Bundesvorstand aufgefordert wird, unter Verletzung seiner parteipolitischen Neutralität den Arbeitervertretern im Reichstag sein Mißtrauen auszusprechen und die Abberufung der sozialistischen Mitglieder in der Regierung zu verlangen.

Hierzu ist folgendes festzustellen: Es handelt sich um einen Ueberrumpelungsversuch dreier Kommunisten in einer kleinen Arbeitskommission des Ortshauptvorstandes Groß-Berlin, die lediglich Material für die Sitzungen vorzubereiten hat. Die Veröffentlichung und die Art der Aufmachung soll aber offenbar den Anschein erwecken, als ob erhebliche Massen von Kommunisten innerhalb des Bundes der technischen Angestellten und Beamten hinter dieser gänzlich unbedeutenden Gruppe ständen. Es muß deshalb festgestellt werden, daß es sich lediglich um wenige Personen handelt, die auf diese Weise den Versuch machen, die Oeffentlichkeit zu täuschen und den Bund als kommunistisch hinzustellen.

Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat

Nachdem der Reichstag das Betriebsrätegesetz am 13. Januar 1920 verabschiedet hatte, sind zwei volle Jahre verflossen, bis schließlich das damals angekündigte Ergänzungsgesetz über die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat nunmehr an den Reichstag gelangt ist. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hatte sich bereits im Juni 1921 mit dem Gesetz befaßt und die Regierungsvorlage teilweise verbessert. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages konnte infolge der Verschleppungspolitik der Regierung erst am 20. Januar seine Beratungen aufnehmen. Nach einer kurzen Erläuterung des Entwurfs durch einen Regierungsvertreter konnte Genosse Aufhäuser feststellen, daß die lange Pause zwischen den Beratungen des Reichswirtschaftsrates und des Reichstages offenbar von den Unternehmern benutzt worden war, um die Vorlage des Reichswirtschaftsrates wieder zu verschlechtern. Das Reichsarbeitsministerium sei diesen Einflüssen wieder einmal erlegen.

In der Debatte über die von der USP. und SPD. gemeinsam gestellten Verbesserungsanträge betätigte sich wieder einmal der bekannte christliche Arbeiterführer André als Gegner erweiterter Arbeiterrechte und begeisterte sich für die Grundsätze einer „geordneten Betriebsverwaltung" der „Vertraulichkeit" aller Verhandlungen und andere Rezepte des industriellen Scharfmachertums. Schließlich wurde aber doch entsprechend den von unserer Seite gestellten Anträgen eine Verbesserung der Regierungsvorlage erreicht, soweit es sich um Sicherungen gegen die Umgehung des Gesetzes durch die Unternehmer, um die Ausdehnung der Wählbarkeit und um den Schutz der Minderheiten bei den Wahlen handelt. Ein Antrag Aufhäuser-Hoch, die Ausführungsvorschriften über das Wahlverfahren unter Mitwirkung eines aus 28 Mitgliedern bestehenden Reichstagsausschusses zu bestimmen, wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Zu besonders lebhaften Auseinandersetzungen führte der folgende, von unserer Seite gestellte Antrag:

> **„Unternehmungen, deren Betriebe an verschiedenen Orten liegen, sind verpflichtet, die Unkosten zu tragen, die den Betriebsräten aus den für die Wahl oder die Berichterstattung notwendig werdenden Zusammenkünften erwachsen".**

Da die von den Regierungsvertretern über den Kostenersatz für solche Zusammenkünfte gegebenen Erklärungen ganz unzulänglich waren, und unser Antrag von den bürgerlichen Parteien abgelehnt wurde, so sind **angesichts der starken Entwickelung der Industrie zu Konzernbetrieben um die vorstehende Forderung noch weitere heftige Kämpfe zu erwarten.**

Schließlich wurde von uns in einem besonderen Antrage gefordert, daß die bergrechtlichen Gewerkschaften (Kuxen) gleichfalls eine Vertretung ihrer Betriebsräte anerkennen müssen, und soweit ein Aufsichtsrat nicht vorhanden ist, eine Delegation in den Grubenvorstand stattfinden soll. Die Beratung über diesen Antrag, der eine Aenderung des § 70 des Betriebsrätegesetzes bezweckt, ist bis zur nächsten Sitzung vertagt. Die Belegschaften der Bergarbeiter- und Grubenbeamten in den sogenannten Gewerkschaften dürften sich auf einige hunderttausend Mann belaufen und es geht auf keinen Fall an, diese Masse der Bergarbeiter bei der Verabschiedung des Aufsichtsratsgesetzes völlig auszuschalten.

Eine ungalante Entscheidung. Nach „Matin" hat die französische Regierung der Exkaiserin Zita von Habsburg verboten, auf ihrer Rückreise nach Portugal Paris zu passieren. Das Blatt nennt diese Entscheidung ungalant. Die Exkaiserin habe während des Krieges eine ausgesprochene franzosenfreundliche Haltung eingenommen. — Diese Entscheidung ist ohne Zweifel ungalant. Aber die Politik pflegt nicht mit Galanterie geführt zu werden.

Proletarische Feierstunden

Im Großen Schauspielhaus

Man vergaß, daß das Große Schauspielhaus mit Tausenden von Menschen besetzt war, die dem Rufe der Arbeiterbildungsschule der USP gefolgt waren und den gewaltigen Raum bis zum letzten Winkel füllten. Man fühlte sich allein einem Ungeheuren gegenüber und gab sich ihm mit der zartesten Kraft seelischer Empfänglichkeit und dem Willen hin, einzudringen in die höchste Welt, die Kunst und Menschsein ihr eigen nennen: in das unermeßliche Reich von Beethovens Tongewalten.

Genosse Stössinger hatte aus tiefstem eigenen menschlichen und künstlerischen Erleben heraus das Bild Beethovens gefunden und den Massen erschlossen, hatte ihren Herzen den trotzigen, freiheitstrunkenen Dulder näher und ganz nahe gebracht, hatte ihn, der wie kein anderer der Erde und der Menschheit wirkte, mitten hineingestellt in das lebendige Empfinden ringender und erkennender Menschen von heute. Wer es nicht am Schlusse der „Egmont-Ouvertüre" schon empfunden hatte, dem war es nach diesen Worten aus dem Geiste der Musik selbst völlig klar, mit welch hinreißender Gewalt Beethoven menschlichen Freiheitskampf in Tönen feiert. Wäre es nicht — in etwas unverständlicher Weise allerdings — untersagt gewesen, Beifall zu spenden, so wäre nach der dritten „Leonoren-Ouvertüre" gewiß ein Beifall zu vernehmen gewesen, der in seiner Stärke bewiesen hätte, wie tief den Massen ihr Beethoven ins Herz gedrungen, wie sehr er ihnen Besitz geworden war. So konnte man nur aus der atemlosen Spannung und dem stummen Ausdruck von Ergriffenheit, mit dem auch die schwierige Fünfte Symphonie, die Schicksalssymphonie, angehört wurde, auf Verständnis und Dankbarkeit der Hörer schließen.

Unmittelbar nach der „Fünften" mit ihrem Aufwühlen innerster seelischer Empfindungen den proletarischen Sprechchor, ein Orchester aus menschlichen Stimmen, in einer Symphonie von Dichterworten zu vernehmen, war von ganz besonderem und eigentümlichem Reiz und ein völlig geglücktes Wagnis. Der „Gesang der Geister" aus „Faust" zeigte namentlich fast erschöpfend, mit welcher Reichhaltigkeit des Ausdrucks Wort und Geist einer Dichtung durch einen Sprechchor wiedergegeben werden können. Wenn dieser Sprechchor sich weiter in dem Maße entwickelt, wie er es bis heute getan, wenn er vor allem in Arbeiterkreisen sich Verständnis und den nötigen Zustrom von Mitgliedern verschaffen kann, wird er als ein künstlerisches Werkzeug allerersten Ranges betrachtet werden müssen. Seine Kunst ist neu, eigenartig und stark, an inneren Ausbaumöglichkeiten nahezu unbeschränkt. Es war ganz überraschend zu beobachten, welche Feinheiten sich allein schon durch eine glückliche, bis ins Kleinste gehende Verteilung der Stimmen erreichen ließen, ganz abgesehen von der sorgfältigsten Ausarbeitung nach Rhythmus, Stimmstärke und Stimmfärbung. Der proletarische Sprechchor fiel nicht vor seinen Einzelsprechern ab — und dies dürfte viel heißen, denn Heinrich Witte und Max Nemetz sind starke Kräfte, vorzügliche Sprecher, beseelt von hinreißender Leidenschaft der Empfindung. Die Rede aus Empedokles von Hölderlin wird unvergessen bleiben.

Der ganz eigenartige Zauber in der künstlerischen Leistung des Sprechchors, den Genosse Florath künstlerisch leitet und nun schon so weit gebracht hat, geht nicht allein vom gesprochenen Wort aus. Auch wenn nicht die Beleuchtung wechselvolle und stimmungsreiche Bilder für das Auge schüfe, müßte der Anblick des Chors von starker Wirkung sein. Dort oben stehen sie, Männer, Frauen, Kinder, Proletarier und Proletarierkinder, und formen sich selbst das Wort der Weihe für ihre Feierstunden, wirken und gestalten mit einem Ernst, einer Hingabe, die sich auf alle Teilnehmer übertragen muß. Es ist etwas Großes an diesen proletarischen Feierstunden: sie schaffen ein Ganzes und Einheitliches, beseelen den Riesenraum mit einem Geiste, einem Fühlen und machen ihn vergessen. Was niemals in einem Theater, einem Konzerte der Fall sein kann, hier geschieht es: alle Grenzlinien zwischen Gebenden und Genießenden werden aufgehoben, es ist, als entstünden Kunstleistungen aus der Mitte, aus den Herzen aller heraus. Intimität, die oft im kleinen Raum vergeblich angestrebt wird, wird hier, und das im Großen Schauspielhaus, zum Ereignis.

Daß bei einer solchen Veranstaltung, bei der das Künstlerische mit dem Menschlichen zusammenfällt, ein Orchester und sein Dirigent ganz besonders in Stimmung und Schwung geraten und ihr Allerbestes geben, ist eine ganz natürliche Sache. Trotzdem muß die Leistung Hermann Scherchens und des Blüthner-Orchesters eigens hervorgehoben werden.

Ihnen allen darf man mit Dank zurufen: Auf zu neuer Arbeit für neue Feierstunden! Sie sind ein Herzensbedürfnis unserer Genossen geworden, sie können gar nicht oft genug geboten werden, denn sie gehören zum Stärksten und für die Gesamtbewegung Wertvollsten, was in schwerer Zeit ringenden Menschen vermittelt werden kann. Es ist Pflicht, aus wirtschaftlicher Wüste und Wirrnis in Oasen der Freude, des reinen Menschseins und der Stärkung für den Kampf zu leiten.

Dr. Franz Rothenfelder

Ueber unsere Kraft, 1. Teil. (Volksbühne.) Es war eine große schöne Vorstellung. Und obenan ist zunächst die Regie zu loben. Tempo und Ton hatten die Schwere des Problems und hinter allem lag etwas Granitartiges, das, was Björnson eher eignet, als seinen mehr von Traum und Lichtglanz umgebenen Genossen Ibsen.

Und das Zusammenspiel war so gut wie jetzt in keinem anderen Theater Berlins. Edgar Klitsch hat scheinbar viel von den Russen gelernt, wie dort alles wie in einem organischen Mechanismus sich auf einen bestimmten undefinierbaren Moment einstellt, wenn ein wichtiges Wort gefallen ist, so auch in dieser Musteraufführung, in der nicht der Pfarrer Sang der Held ist, sondern das nordische Volk selbst, das in seiner heiligen Tiefe um sein inneres Heil und Wunder ringt.

Welche rohen, welche empfindsamen Mächte sind am Werk! Der Bergrutsch tobt wie eine göttliche Urgewalt in die Medizinfläschchen einer Krankenstube hinein. Eine Lawine, eine Schlacht, — welche Rauheit, welche Dramatik! Das Miteinander geht auch nicht restlos auf, aber man horcht und lauscht auf jedes Wort, auf jede Frage der Herren Pastoren, die in der Aufführung der Volksbühne nicht als Karrikaturen, sondern als wirkliche Potenzen vorgeführt wurden.

Kanzler setzt seinen Sang zu weichlich an. So wollte ihn nicht der harte Björnson, in dem viel heidnische Elemente schlugen und rumorten. Kanzler ist zu pastoral, zu protestantisch im sentimentalen Sinne. Man glaubt ihm die Wunder nicht recht. Und dennoch werden sie vollbracht, dennoch sollen sie geglaubt werden. In seiner Sphäre erschien die Fehdmer als sein Weib stärker. Auch die von Ferdinand Steinhofer und Lucie Mannheim wundervoll gespielten Kinder waren es. Und doch hätte Sang etwas vom Sieger behalten können. Das wäre allerdings ein ganz anderer Sang gewesen.

Nun der „Clou" der Aufführung: die Sitzung der Pastoren, die eigentlichen Träger des Stückes, die alle für ihre klar umrissenen Einzelleistungen genannt zu werden verdienen. Georg August Koch als Bratt in seiner erschütternd-glaubhaften Verzweiflung, Christian Bummerstedt (Kröjer) in seinem edlen Eifer, und Heinz Bernecker als Bischof in seiner zweifelhaften Würde, der aber jede Lächerlichkeit fern bleibt, und die übrigen drei. — Der reich gespendete Beifall rief neben den Schauspielern den Regisseur hervor, der sich mehrmals zeigen mußte.

Arno Nadel

Tages-Notizen

Im 3. Konzert der Volksbühne E. V., das am Sonntag, den 29. Januar, mittags ½12 Uhr, im Theater am Bülowplatz stattfindet, wird Edwin Fischer Werke von Bach, Chopin, Mozart und Beethovens 33 Variationen über einen Walzer von Diabelli zum Vortrag bringen. Karten für Mitglieder zu 4 M. (Nichtmitglieder 6 M.) in der Geschäftsstelle der Volksbühne, Linienstraße 227, in den Zahlstellen und an der Mittagskasse.

Theater. Die Aufführungen des Orpheus im Großen Schauspielhaus enden am 31. Januar. — Die Pantomimen des Deutschen Theaters beginnen Donnerstag in den Kammerspielen mit „Bajazzo" und dem „Abenteurer". — Das Moskauer Künstlertheater wird ab 4. Februar noch einige Male im Deutschen Künstlertheater auftreten.

Ausstellungen. Berliner Sezession: Lesser Ury-Ausstellung. — Graphisches Kabinett J. B. Neumann: Gemälde und Zeichnungen von Artur Rudolph. — „Heimat" G. m. b. H. (Bismarckstr. 85). Graphik von Käthe Kollwitz, Frieda Winckelmann und Carla Pahle.

Vorträge. Ueber „Bibel und Sittlichkeit" spricht Dienstag, 8½ Uhr, in der Schulaula Kochstr. 13, Pfarrer Fritz [illegible]. Karten f. Mitglieder der Gesellschaft für Geschlechtskunde 1,50 M. — Ilse Kamnitzer spricht Donnerstag, 8 Uhr, im Meistersaal u. a. aus Werken von [illegible], Stadler, Hermann-Neiße und Manuskripte von Otto Nebel und Klabund. — Donnerstag, 8 Uhr, im Institut für [illegible], Kurfürstendamm 43, Dr. Hans Guradze: Kopf- und Handarbeit.

6. „Melos"-Kammermusikabend (Künstlerischer Leiter: Fritz Windisch). Mittwoch, 7½ Uhr, im „Sturm" (Potsdamer Str. 134a). Erstmalig in Berlin Paul Hindemith: Sonate für Bratsche solo, fünf Manuskript-Lieder. Ausführende: Nora Pisling-Boas (Gesang), Paul Hindemith (Bratsche), Felix [illegible] (Begleitung).

Lloyd Georges Friedensrede

In ſeiner Rede, die der engliſche Miniſterpräſident Lloyd George am Sonnabend auf der nationalliberalen Konferenz in der Central Hall in London hielt, und von der wir einen großen Teil in der Sonntag-Morgenausgabe veröffentlichen konnten, ſagte er weiter:

Wenn man ſich mit irgendeinem europäiſchen Problem zu befaſſen beginnt, dann erkennt man, daß dies nie verſagende Geduld, Beharrlichkeit und Stetigkeit erfordert, und daß man ſich durch zeitweilige Rückſchläge nicht abſchrecken laſſen darf. Die Männer, welche glauben, daß ſie Europa in zwei oder drei Jahren von ſeiner Not befreien könnten, ſind entweder über die wirklichen Verhältniſſe nicht unterrichtet oder führen ihr Publikum irre. Die Ereigniſſe in Frankreich beweiſen, **wie vorſichtig man bei ſo viel herrſchendem Argwohn auftreten muß.**

Es gibt **nur einen Weg, um das Ziel zu erreichen.** Dieſer Weg ſchreibt vor, daß man darauf beſteht, die Nationen zu dem Prüfſtein der Vernunft und nicht der Gewalt zu bringen. Das Ziel iſt zu erreichen **durch beharrliche Zuſammenkünfte, Erörterungen und Konferenzen.** Wenn im Juli 1914 eine Konferenz ſtattgefunden hätte, dann würde es im Auguſt keine Kataſtrophe gegeben haben. Ohne Meinungsaustauſch entſtehen Mißverſtändniſſe und dieſe können ſich zu Verwicklungen auswachſen. **Konferenzen beſeitigen Mißverſtändniſſe und Argwohn.** Jede Konferenz iſt eine Sproſſe in der Leiter, die zum Frieden auf Erden führt. (Lebhafter Beifall.) Es gibt Leute, die erklären: Genug mit den Konferenzen, wir wollen Depeſchen und Briefe austauſchen! Wie iſt dies angängig? Jede Partei legt ihren eigenen Standpunkt dar, und anſtatt daß die Parteien zuſammengebracht werden, verſteifen ſie ſich nur zu oft auf ihre Ueberzeugungen. Mit einem Briefe iſt die Sache nicht gemacht, mit einer Depeſche kann man nicht argumentieren und mit einer diplomatiſchen Mitteilung kann man nicht diskutieren.

Man muß ſich von Angeſicht zu Angeſicht gegenübertreten.

Ich habe den feſten Glauben an die ſchließliche Vernunft der Menſchen, ich bin Optimiſt. Am meiſten treten für die Rückkehr zur alten Diplomatie diejenigen ein, die unter ihren Verwüſtungen leiden. **Wenn man ſeinerzeit eine Konferenz nach der neuen Methode gehabt hätte, dann würden jetzt keine franzöſiſchen Provinzen auf Wiederherſtellung warten.** Die Männer, die die Konferenzen haſſen, ſind die Männer der ſtarren Anſichten, die Männer, die nicht gern der Wirklichkeit ins Auge ſehen. Es iſt gut, wenn ſie gezwungen werden, dies hin und wieder zu tun. Wer den Frieden erſtrebt, muß den Mut haben, den einzigen Weg zu gehen, der zum Frieden führt, und muß an den Wert offener Erörterungen glauben.

In Genua ſoll jetzt eine Konferenz ſtattfinden, in vieler Hinſicht die größte internationale Konferenz, die je abgehalten wurde. Die Nationen Europas ohne Unterſchied ſind zur Teilnahme eingeladen worden. (Beifall.) Sie ſind eingeladen worden, weil wir dieſen dauernden Kriegsgerüchten, die für das internationale Wirtſchaftsleben genau ſo ſchlimm ſind wie der Krieg ſelbſt, ein Ende machen wollen. Eines Tages hört man, daß Rußland rüſtet, um Polen anzugreifen, daß Polen einen Aufſtand in der Ukraine organiſiert, daß Rußland Rumänien angreifen oder daß Finnland einen Teil Rußlands angreifen wird. Man hört, daß einer der Staaten, der einen Teil Oeſterreichs bildete, ſeinen Nachbarn bedroht und daß ſein Nachbar ihn bedroht — das alles iſt keine Stabilität. Auf dieſer zerrütteten Grundlage kann kein Wirtſchaftsleben aufgebaut werden. In Mitteleuropa rumort und raſſelt es. Wir wollen dieſe Länder von Angeſicht zu Angeſicht zuſammenbringen, und wir werden ſehen, ob die Möglichkeit beſteht, ſie zu einem vernünftigen Einvernehmen zu bringen. Manche rufen: Was? 45 Nationen und 1000 Sachverſtändige? Welche Extravaganz! Tauſend Sachverſtändige, finanzielle, diplomatiſche, wirtſchaftliche! Aber, erklärte Lloyd George ironiſch: **Sie ſind immer noch billiger als die militäriſchen Sachverſtändigen.** (Anhaltender Beifall.)

Wir haben ſoeben eine Auseinanderſetzung zwiſchen denſelben Nationen zu Ende geführt, die viereinhalb furchtbare Jahre dauerte. An dieſer Konferenz nahmen 30 Millionen Menſchen teil. An den Stellen, wo die Debatte ſtattgefunden hat, blieben 10 Millionen junger Männer tot liegen, 10 weitere Millionen wurden verſtümmelt, die Ausgaben betrugen 50 Milliarden Pfund Sterling.

Die Völker, fuhr Lloyd George fort, ſollten lieber eine andere Konferenz verſuchen. (Lebhafter Beifall.) Schaut auf das arme Europa, blutend, verwüſtet, öde und in Not! Gebt uns eine neue Gelegenheit, um zuſammen zu ſprechen, an die Vernunft zu appellieren und zu ſehen, ob der alte Geiſt der Bruderſchaft, der der ganzen menſchlichen Raſſe zugrundeliegt, nicht zu einem Hand in Hand und zu einem freundſchaftlichen Zuſammenwirken führen wird, ſtatt zu Konflikten, die verhängnisvoll wären und das Verderben aller herbeiführen würden!

Lloyd George fuhr fort. Wenn die Staatsmänner aller Nationen auf die Konferenz von Genua gehen, entſchloſſen, ihr Beſtes zu tun, entſchloſſen, die Schwierigkeiten zu beſeitigen und nicht in der Abſicht, Schwierigkeiten zu ſchaffen, entſchloſſen, den Argwohn zu beſchwichtigen, und entſchloſſen, zu helfen und nicht zu hindern, **dann wird das Ergebnis dieſer Konferenz ein guter Friedensakt ſein.** Er wolle von dieſer Stelle, ſoweit ſeine ſchwache Stimme reiche, an alle Männer, die ſich in Machtſtellungen befänden, an alle Lenker der Menſchheit die Aufforderung richten, im Geiſte des Friedens nach Genua zu gehen, dann werde der Friede folgen. (Beifall.) Ohne Frieden keine Sparſamkeit, daher ſei abſichtlich auf das Programm der Konferenz **an die erſte Stelle die Frage der Schaffung des Friedens in Europa geſetzt worden.** Sonſt ſei es zwecklos, Sachverſtändige zu erſuchen, finanzielle und Handelskreditpläne zu erörtern. Der Geſchäftsmann gehe bei ſchlechtem Wetter nicht ins Freie. Er habe genug vom ſchlechten Wetter, er ſei bis auf die Haut durchnäßt und könne nirgends ſeine Kleider trocknen. Zunächſt müſſe der Geſchäftsmann den klaren Himmel ſehen, dann werde er Vertrauen haben und ein Miſſionar des Friedens werden. Ohne Frieden müſſe jeder Plan fehlſchlagen.

Zu den Erklärungen Lord Greys und Lord Robert Cecils, daß die Konferenz von Genua dem Völkerbund hätte überlaſſen werden müſſen, bemerkte Lloyd George, er glaube an den Völkerbund, wenn man dem Völkerbund jedoch eine Aufgabe ſtelle, für die er aus beſonderen Gründen nicht geeignet ſei, ſo ſchade man damit nur dem Völkerbund. Der Völkerbund ſei noch im Entſtehen begriffen und jeder Mißerfolg, den er ſehr gut vertragen könnt, wenn er feſt begründet wäre, würde zur Zeit vernichtend auf ihn wirken. Zwei Nationen würden ſicher nicht kommen, wenn die Konferenz von Genua, auf der man alle Nationen zuſammenbringen wolle, unter den Auſpizien des Völkerbundes einberufen worden wäre, nämlich Amerika und Rußland, die mit dem Völkerbunde nichts zu tun haben wollten. **Wenn man den Frieden ſchaffen und die Weltwirtſchaft wiederherſtellen wolle, ſei es notwendig, daß dieſe beiden Nationen in Genua vertreten ſeien.** Die Waſhingtoner Konferenz, erklärte Lloyd George weiter, errichtete den Frieden im Weſten und die Konferenz von Genua wird hoffentlich den Frieden im Oſten bringen. Das iſt unſer Friedensprogramm. Es wird keinen Frieden geben, wenn nicht ein wirkliches Einvernehmen vorhanden iſt, und wenn nicht auf dieſes Einvernehmen eine beträchtliche Verminderung der drückenden Rüſtungen folgt, die immer noch auf der Welt laſten. Wenn in Genua ein Einvernehmen erzielt wird, ſo werden ſicher die Nationen ſelbſt

eine Verminderung der Rüſtungen

verlangen. **England hat das Beiſpiel gegeben. Es ſetzte ſein Heer unter die Vorkriegsſtärke herab und verringert den Beſtand ſeiner Flotte und Luftmacht.**

Lloyd George befaßte ſich hierauf mit der Frage der Herabſetzung der Ausgaben im Inland, mit der Frage des Friedens zwiſchen den Klaſſen der Bevölkerung und trat nachdrücklich

für die Aufrechterhaltung der nationalen Einheit

im Gegenſatz zur Parteipolitik ein. Er erklärte, es würde verhängnisvoll ſein, zu dem alten Parteikampf zurückzukehren, bevor das Werk der nationalen Einheit zu Ende geführt ſei. Zum Schluß ſeiner Rede ſagte Lloyd George, es ſei die Aufgabe des britiſchen Reiches, zur Schaffung des Friedens auf dem Kontinent beizutragen.

London, 23. Januar.

Zur Rede Lloyd Georges ſchreibt die „Times“, Lloyd George habe nicht mehr und nicht weniger als den fundamentalen britiſchen Standpunkt dargelegt, indem er für die Wiederherſtellung des Friedens in der ganzen Welt eintrat. Niemand in England unterſchätze den großen Wert der Konferenz in Genua.

Der Eiſenbahnerſtreik in Dresden

Der Streik in der Dresdener Werkſtatt dauert noch an. Nach einer Meldung der Eiſenbahn-Generaldirektion Dresden iſt es bisher möglich geweſen, den Hauptverkehr aufrechtzuerhalten, wenn auch mit Verſpätungen. Nach anderen Meldungen ruht der Eiſenbahnverkehr ſeit mittag 12 Uhr. Sowohl die Bezirksleitung Sachſen des Deutſchen Eiſenbahnerverbandes wie die Ortsverwaltung Dresden haben ſich gegen den Streik ausgeſprochen.

Der Herr Präſident der Eiſenbahn-Generaldirektion hat an alle Eiſenbahner die Aufforderung gerichtet, ihre Arbeit fortzuſetzen. Da die Streikenden dieſer Aufforderung ſelbſtverſtändlich nicht gefolgt ſind, hat der Präſident durch Anſchlag bekanntgegeben, daß diejenigen Eiſenbahner, die ihre Arbeit bis zum 23. Januar nicht wieder aufgenommen haben, ihre ſofortige Entlaſſung gewärtigen müſſen. Dieſer Uebereifer des Herrn Präſidenten kann nur Schaden anrichten. Es wäre beſſer geweſen, wenn er den Mund gehalten und es den Organiſationen überlaſſen hätte, ihre gegen den Willen der verantwortlichen Körperſchaften in den Streik getretenen Mitglieder wieder in Reih und Glied zurückzuführen.

Ebenſo ſchädlich wie dieſer Tatendurſt des Herrn Eiſenbahnpräſidenten in Dresden iſt die Behandlung dieſer Streikbewegung durch die „Rote Fahne“. Nachdem ſie am Sonnabend gemeldet hatte, daß nach wenigen Stunden in Sachſen „kein Zug mehr fahren“ werde, verſchweigt ſie in ihrer Sonntagsnummer der Leſerſchaft, daß die Funktionäre des Deutſchen Eiſenbahnerverbandes ihren urſprünglichen Streikbeſchluß bereits in der Nacht zum Sonnabend rückgängig gemacht hatten und daß in der Tat nur die Werkſtatt Dresden in den Streik getreten iſt. Sie ſchreibt, es wurde am Sonnabend um 12 Uhr begonnen, „den Verkehr lahmzulegen“, und „nach der Eigenart des Eiſenbahnbetriebes wird erſt im Laufe des heutigen Sonntags der geſamte Eiſenbahnverkehr Sachſens zum völligen Stillſtand gebracht werden können.“

Mit dieſer bewußt falſchen Darſtellung der Lage arbeitet die „Rote Fahne“ in der gleichen Weiſe, wie bei Gelegenheit des Oſterputſches die geſamte kommuniſtiſche Preſſe. Auch damals wurden die Arbeiter über die Lage des Kampfes falſch unterrichtet, auch damals hieß es, ganz Mitteldeutſchland ſtehe im Streik, und aus vielen anderen Orten wurde der Anſchluß der Arbeiterſchaft an die Mitteldeutſche Bewegung gemeldet, obwohl man im kommuniſtiſchen Lager genau wußte, daß alle dieſe Berichte erlogen waren. Dieſe Methode ſollte damals den Zweck haben, die geſamte Arbeiterſchaft in die Bewegung hineinzuhetzen und die aufgebauſchte Darſtellung des Werkſtattſtreiks in Dresden ſoll jetzt etwas ähnliches bezwecken. Es liegt auf der Hand, daß ein ſolches Benehmen der Preſſe, die Gewerkſchaftsarbeit einfach unmöglich macht. Die Haltung des Vorſtandes des Deutſchen Eiſenbahnerverbandes zu dem Streik in Dresden iſt völlig einwandfrei, denn es iſt ein Unſinn, einen Streik zu beginnen am Tage vor dem Anfang der Verhandlungen, nach deren Beginn man wochenlang gerufen hat.

Die Haltung des Deutſchen Beamtenbundes

Vom Zeitungsdienſt des Deutſchen Beamtenbundes wird uns geſchrieben:

> „Der Deutſche Beamtenbund ſtellt feſt, daß durch ſeine an den Reichstag gerichtete Eingabe zur Geltendmachung der ſeinerſeits ſtets vertretenen Beſoldungsforderungen um ſo weniger eine Zertrümmerung der bisher von dem Deutſchen Beamtenbunde mit den übrigen Spitzenorganiſationen gehaltenen Einheitsfront darſtellt, als bereits vor Abſchluß der letzten Beſoldungsverhandlungen die Vertreter des Deutſchen Gewerkſchaftsbundes (Chriſten) von einem Teil der Verhandlungen ferngeblieben waren.
>
> Uebrigens ſieht der Deutſche Beamtenbund in ſeiner Eingabe ein vollkommen gewerkſchaftliches Mittel zur Geltendmachung von Forderungen ſchon deshalb, weil auch eine energiſch durchgeführte Politik der Beamtengewerkſchaften die verfaſſungsmäßig zur Regelung der Beamtenbeſoldung beſtellten Inſtanzen nicht ausſchalten kann.“

Wenn mit dieſer Zuſchrift überhaupt eine Feſtſtellung gemacht wird, ſo iſt es die, daß ſowohl der Deutſche Beamtenbund wie der Deutſche Gewerkſchaftsbund bei jeder Gelegenheit aus der Reihe der Einheitsfront der Beamtenorganiſationen tanzen und damit jede gemeinſame Bemühung um die Verbeſſerung der Lage der Beamtenſchaft unmöglich machen. Die Urſache für dieſes ſonderbare Benehmen iſt, wie wir ſchon einmal darlegten, das unſelige Konkurrenzwettrennen zwiſchen den einzelnen Verbänden, das ſich beſonders zwiſchen der chriſtlichen Gewerkſchaft Deutſcher Eiſenbahner und der im Deutſchen Beamtenbund organiſierten Reichsgewerkſchaft deutſcher Eiſenbahner allmählich zum Endkampf und damit zu äußerſter Leidenſchaft zuzuſpitzen ſcheint. Um dem eigenen Agitationsbedürfnis zu dienen, zerſtören die beiden Spitzenverbände abwechſelnd durch Sonderaktionen die gemeinſame Tätigkeit aller Organiſationen, die von den freien Gewerkſchaften und beſonders vom Deutſchen Eiſenbahnerverband trotzalledem immer wieder angeſtrebt wird.

Der Streik beendet?

Nach einer neueren Nachricht ſoll der Dresdener Streik heute beigelegt worden ſein. Eine Nachprüfung der Meldung war uns bei Schluß des Blattes nicht mehr möglich.

Große Kälte

Nachdem ſchon am geſtrigen Sonntag ein großer Teil der Bevölkerung wegen der ſtarken Kälte ihre geplanten Spaziergänge unterließ, und lieber in der warmen Stube — ſofern man Kohlen hatte — ſitzen blieb, überraſchte die heute morgen auftretende Kälte alle in die Fabriken, Geſchäfte und Bureaus Eilenden recht unangenehm. Nur ein kleiner Teil iſt in der Lage, ſich gegen dieſe, für Berliner Verhältniſſe beſonders ſtarke Kälte durch warme Kleidung zu ſchützen. Darum wird es auch ſehr vielen recht unangenehm ſein, zu erfahren, daß es nicht ausgeſchloſſen iſt, daß ſich die Kälte in den nächſten Tagen wahrſcheinlich noch verſchärfen wird.

Das Berliner Wetterbureau, von uns über das plötzliche Auftreten der Kälte befragt, gab folgende Auskunft:

> Das jetzige kalte Wetter iſt durch ein Hochdruckgebiet hervorgerufen worden, das ſich ſchon ſeit Mitte voriger Woche auf der ſkandinaviſchen Halbinſel befand und von dort nach Nordweſt-Rußland gelangte und von hier weiter nach Weſten vorgedrungen iſt. Es hat uns ſcharfe öſtliche Winde gebracht, die uns die trockene Kälte Nordoſteuropas zuführte. Seit geſtern abend klärte ſich der Himmel wieder vollends auf, daher nahm der Froſt infolge der ſtarken Ausſtrahlung des Erdbodens noch bedeutend zu. In der Nacht ſank das Thermometer in Berlin bis Minus 14 und weiter im Oſten auf Minus 16, Danzig Minus 17, Memel Minus 18. Da ſich jetzt das Hochdruckgebiet noch mehr zu nähern ſcheint, ſo dürfte der ſtarke Froſt ſich weiter verſchärfen und ſich auch auf Weſtdeutſchland ausdehnen. Nach einigen Tagen werden ſich die Winde wahrſcheinlich nach Süden bewegen, ſo daß mit einer Abnahme der Kälte zu rechnen iſt.

Drei Raubüberfälle

Ein Straßenräuber von dem Beraubten erſtochen

Sonnabend nacht gegen 1½ Uhr wurde der 29 Jahre alte Arbeiter Leo Maslanka vor dem Hauſe Michaelkirchplatz 9 tot aufgefunden. Nach Ausſagen von Paſſanten iſt er in einem Streit von einem andern Mann erſtochen worden. Die benachrichtigte Polizei alarmierte ſofort die Mordkommiſſion und Kriminalkommiſſar Engelbrecht ſtellte noch im Laufe der Nacht folgendes feſt:

Der Täter iſt ein etwa 55jähriger Mann mit Glatze. Wahrſcheinlich iſt er von einer Dirne, die in der Gegend des Schleſiſchen Bahnhofes unter dem Namen „Polniſche Wanda“ bekannt iſt, angeſprochen und dann in Gemeinſchaft mit dem hinzukommenden Maslanka überfallen worden. Dabei wurde dem Unbekannten die Brieftaſche geſtohlen. In dem ſich entwickelnden Streit ſchlug Maslanka ſo lange auf ſein Opfer ein, bis dieſer ein Meſſer zog und den Straßenräuber niederſtach. Das Mädchen und der Täter ſind dann nach verſchiedenen Richtungen entflohen. Maslanka war der Polizei ſchon ſeit langer Zeit bekannt und wegen Betruges, Straßenraubes, Zuhälterei und ſchweren Diebſtahls wiederholt vorbeſtraft worden. Er war ein gewalttätiger Menſch und in den Dirnenkreiſen am Schleſiſchen Bahnhof gefürchtet.

Auf die Ermittlung des Täters ſind 3000 M. Belohnung ausgeſetzt.

Es iſt bereits gelungen, die „polniſche Wanda“ zu ermitteln und feſtzunehmen. Es iſt eine etwa 29 Jahre alte Frau Wanda Dallgow geb. Neumann, die ebenſo wie der erſtochene Leo Maslanka wegen eines Raubüberfalles in der Wiclefſtraße bereits geſucht wurde. Sie behauptet, daß ſie bereits von 11 Uhr an zu Hauſe geweſen ſei und ſich nur gewundert habe, daß „ihr Leo“ nicht heimkehrte. Dem ſteht aber die Bekundung ihrer Wirtin ſchroff entgegen. Dieſe ſagt aus, daß ſie ſelbſt der Wanda erſt nach 2 Uhr geöffnet habe. Die Verhaftete verwickelt ſich auch bei ihren eigenen Angaben in Widerſprüche. Der Mann, der Maslanka in der Notwehr erſtochen hat, hat ſich bisher noch nicht gemeldet und iſt auch noch nicht ermittelt.

Sonnabend nacht gegen 2½ Uhr wurde der 29 Jahre alte Viehhändler Walter G. in der Invalidenſtraße beſinnungslos und aus einer Kopfwunde ſtark blutend aufgefunden. Man brachte ihn nach der Rettungsſtelle in der Ziegelſtraße, wo er ſich langſam erholte. Hier gab er an, daß er in einem Lokal, deſſen Lage er aber nicht mehr angeben könne, überfallen und beraubt worden ſei.

Sonntag mittag erſchien in einer Polizeiwache der Mechaniker Paul P. aus Niederſchöneweide in ſtark angetrunkenem Zuſtande und teilte mit, daß er in einem Lokal in der Koppenſtraße, nachdem er tüchtig gezecht hatte, ſeiner goldenen Uhr, mehrerer Ringe und ſeiner Brieftaſche beraubt worden ſei. Beamte der Schutzpolizei, die ſich nach dem bezeichneten Lokal begaben, konnten die Täter nicht feſtſtellen. P. wurde bis zu ſeiner Ausnüchterung auf der Wache behalten.

Störung bei der Untergrundbahn

Heute morgen war der Betrieb der Untergrundbahn in der Hauptverkehrszeit von ½8 Uhr bis gegen 9 Uhr geſtört. Von der Direktion wird mitgeteilt, daß infolge Vereiſung des Grundwaſſers die Kraftzufuhr eingeſtellt war und daher auf den Hauptſtrecken der Verkehr eingeſtellt werden mußte. Die Fahrgäſte der Untergrundbahn waren gezwungen, die anderen Verkehrsmittel zu benutzen. Da dieſe aber in den angegebenen Stunden ſchon ſtändig überfüllt ſind und bei weitem den Anforderungen nicht genügen, kam es dabei zu recht unerquicklichen Szenen. Die Wagen waren meiſt vom Ausgangspunkt ab überfüllt, ſo daß an der Strecke Paſſagiere kaum mitgenommen werden konnten. Selbſt Trittbretter und Puffer waren von Fahrgäſten „beſetzt“, die in dieſer lebensgefährlichen Lage ſich bemühten, ihre Arbeitsſtelle zeitig zu erreichen. Vermehrt wurde die Kalamität auch dadurch, daß infolge der Kälte heute vielfach ſolche Fahrgäſte die Verkehrsmittel benutzten, die ſonſt den Weg zu Fuß zurücklegen. Wie immer bei irgendwelchen Verkehrsſtockungen einzelner Verkehrsmittel ſind die übrigen dann nicht bereit oder nicht gewillt, ſich deswegen beſondere Umſtände zu machen. Es muß möglich ſein, unter beſonderen Umſtänden eine Anzahl Stadtbahnzüge und Straßenbahnwagen mehr laufen zu laſſen, als ſonſt üblich.

Ein Dummerjungenſtreich. Sonntag nachmittag fand in dem Kinotheater Brunnenſäle auf dem Grundſtück Brunnenſtraße 155 eine Kindervorſtellung ſtatt. Kurz vor 5 Uhr rief einer der dort im Zuſchauerraum ſitzenden Knaben plötzlich: „Feuer! Feuer!“, worauf eine ungeheure Panik entſtand und die Kinder, wild durcheinander drängend, die Ausgänge ſuchten. Dabei wurden ein Knabe und ein Mädchen ſo erheblich verletzt, daß ſie nach dem Lazarus-Krankenhauſe geſchafft werden mußten. Wie ſich herausſtellte, hatte der Knabe aus reinem Vergnügen dieſe Schreckensſzene herbeigeführt.

Wieder ein Großfeuer. Am Montag früh, gegen 8¼ Uhr, wurde die Berliner Feuerwehr nach der Seydelſtraße 29 gerufen. Dort ſtand das fünfſtöckige Quergebäude in Flammen. Dieſe waren in der Steindruckerei von H. Hallwachs, angeblich durch Fahrläſſigkeit ausgekommen und hatten ſchnell Benzin und andere leicht brennbare Produkte, wie Oel uſw .erfaßt. Der Feuerſchein war infolge der Entflammung des Benzins uſw. ſo enorm geweſen, daß man eine große Kataſtrophe befürchtete. Die in der Steindruckerei von Hallwachs im 3. Stock befindlichen Perſonen hatten ſich ſchon in Sicherheit gebracht, dagegen waren alle in den darüber gelegenen Räumen befindlichen Perſonen durch das Feuer, die Flammen und die total verqualmten Treppen in Lebensgefahr geraten. Es gelang, den 75jährigen E. Wiehte und ſeinen Sohn O. Wiehte, mit vieler Mühe über die verrauchten, dunklen Treppen und Leitern in Sicherheit zu bringen. Schwieriger geſtaltete ſich die Rettung der in der Poſamentenfabrik von E. Haaſe beſchäftigten Perſonen. **Ein 54jähriger, gelähmter, herzkranker Mann mußte an Hänge**

Leinen befeſtigt, über Leitern, aus dem 5. Stock heruntergelaſſen werden. — Die Feuerwehr ging von der Seydelſtraße aus, ſowie vom angrenzenden Spindlers Hof und der Rückſeite des Grundſtücks, dem ehemaligen grünen Graben, mit 5 B.- und C.-Rohren vor. Dabei wurden mehrere mechaniſche Leitern und Steckleitern benutzt. Eine ungewöhnlich große Qualmentwicklung und der ſtarke Froſt, die Vereiſung der Treppen und Schläuche erſchwerten die Angriffe anfänglich ſo, daß gegen 9 Uhr noch einige Schlauchleitungen in Tätigkeit geſetzt werden mußten, weil auch der Seitenflügel bedroht war. Um 10 Uhr war jede Gefahr beſeitigt. Der geſamte Verkehr in der Seydelſtraße mußte von der Schupo zeitweilig geſperrt werden.

Noch ein Großfeuer. Wie uns kurz vor Redaktionsſchluß mitgeteilt wird, iſt in der Ballonhüllengeſellſchaft in Tempelhof ein großes Schadenfeuer entſtanden. Nähere Einzelheiten liegen noch nicht vor.

Abgabe der Steuermarken für 1921

Durch die Preſſe ſind letzthin fälſchlich Mitteilungen ergangen, wonach Steuermarken für 1921 ſofort an die Finanzkaſſe abzuliefern ſeien. Derartige Mitteilungen entſprechen nicht den Tatſachen und haben eine große Beunruhigung ſowohl bei den Arbeitnehmern wie bei den Arbeitgebern hervorgerufen. Der Miniſter hat jetzt in einem Erlaß erklärt, daß der Zeitpunkt der Ablieferung mit Rückſicht auf die Ueberlaſtung der Steuerkaſſen noch hinausgeſchoben wird.

Es kann daher nur jedem Arbeitnehmer geraten werden, mit der Ablieferung dieſer Marken zu warten, bis die Landesfinanzämter durch öffentliche Bekanntmachungen hierzu auffordern.

Unrichtig iſt auch die Nachricht, daß die Steuermarken an die Finanzämter und deren Kaſſen abzuliefern ſind. Zur Entgegennahme der Steuermarken kommt die mit der Einziehung der Einkommenſteuer betraute Steuerhebeſtelle des Bezirks in Frage, in der der Steuerpflichtige am 20. 11. 1921 ſeinen Wohnſitz gehabt hat.

Angebracht erſcheint es, daß ſich diejenigen Arbeitnehmer, die jetzt von ihren Arbeitgebern ihre Steuermarken für das Jahr 1920 zur Abrechnung der Einkommenſteuer für dieſes Jahr auf Grund der ihnen jetzt zugehenden Veranlagungsbeſcheide verlangen, auch die übrigen Marken für 1921 ſamt Steuerkarte mit aushändigen laſſen, da die bisher gültigen Steuerkarten mit dem 31. 12. 1921 ſowieſo keine Verwendung mehr finden dürfen und die Steuerhebeſtellen bereit ſein werden, gegen Quittung auch dieſe Marken bei der Abrechnung für das Jahr 1920 ſofort mit in Empfang zu nehmen, um den einzelnen Steuerpflichtigen dadurch unnütze Wege für ſpäter zu erſparen. Soweit bekannt iſt, ſind die ſtädtiſchen Steuerhebeſtellen Groß-Berlins verpflichtet, ſoweit es die Geſchäftslage erlaubt, den Steuerpflichtigen ihre Marken für 1921 ſofort mit abzunehmen.

Aus den Bezirken

Bezirksverſammlung des Bezirks Tiergarten. Bei dem Bericht des Ausſchuſſes für die Wahlen von unbeſoldeten Ehrenbeamten, betreffend die Wahlen von Vertrauensmännern für die bei den Amtsgerichtsbezirken zu bildenden Ausſchüſſe zur Auswahl der Schöffen und Geſchworenen war im Einverſtändnis mit dem Bezirksamt neben einem Bürgerlichen der Kommuniſt Goß tätig. Das veranlaßte die bürgerlichen Fraktionen, gegen die Wahl von Goß Stellung zu nehmen. Der „Demokrat“ Dove nahm gleichfalls gegen Goß Stellung und bemerkte, daß man doch für dieſen Ausſchuß niemand vorſchlagen könne, der auf dem Boden des Klaſſenkampfes ſteht. Bezeichnend war auch das Schweigen des Bürgermeiſters in dieſer Frage, obwohl doch der Kommuniſt Goß im Einverſtändnis mit dem Bezirksamt bisher die Tätigkeit in dem Ausſchuß ausgeübt hat. — Die Wahl von ſechs unbeſoldeten Mitgliedern des Bezirksamtes wurde auf die nächſte Sitzung vertagt. Dem Wunſche des Bürgermeiſters, die einzelnen Teile des Haushaltsplanes vor der Erörterung im Ausſchuß zu behandeln, um die Fertigſtellung des Haushaltsplanes zu beſchleunigen, wurde für diesmal von den einzelnen Fraktionen entſprochen. Ein Antrag der unabhängigen Fraktion, die Badeanſtalt in der Dennewitzſtraße baldmöglichſt zu eröffnen, wurde angenommen.

Poſtpakete, die verloren gehen. Nach einer Verfügung des Reichspoſtminiſteriums ſoll bei verlorengegangenen gewöhnlichen Paketen das Fehlmeldeverfahren nur noch auf Antrag des Abſenders oder des Empfängers eingeleitet werden. Der deutſche Induſtrie- und Handelstag hat beim Reichspoſtminiſterium die Aufhebung dieſer Verfügung beantragt, weil in ſehr vielen Fällen der Empfänger nicht weiß, daß er ein Paket erhalten ſoll, ſo daß er das verlorengegangene Paket auch nicht aufrufen kann. Der Abſender erfährt ebenfalls nichts von dem Verluſt ſeines Paketes, wenn nicht etwa der Empfänger von der Abſendung weiß und ſich danach bei ihm erkundigt. Das Verfahren verurſacht alſo eine große Unſicherheit des Paketverkehrs und reizt direkt zur Unterſchlagung von Paketen.

Zeugen, die beobachtet haben, wie am 22. Dezember, abends zwiſchen 5 und 6 Uhr, an der Straßenbahnhalteſtelle Schleſiſche Straße, Ecke Taborſtraße eine ältere Frau zu Fall kam und ſich dabei ſchwer verletzte, werden gebeten, ihre Adreſſe an Wilhelm Merlau, SO., Cuvryſtr. 3, einzuſenden. In Frage kommen insbeſondere die Perſonen, die ſich zur erſten Hilfeleiſtung zur Verfügung ſtellten.

Gewerkſchaftliches

Architektenkammern

Eine ſchädliche Neugründung.

Der Bundeszeitſchrift der techniſchen Angeſtellten und Beamten, der „Deutſchen Techniker-Zeitung“ entnehmen wir folgende Mitteilung:

Der Bund Deutſcher Architekten (B.D.A.), der urſprünglich die anerkannte Vertretung der fachlichen und künſtleriſchen Intereſſen der freien Architektenſchaft war, hat ſich 1920 zu einer Organiſation umgeſtaltet, die heute ein Mittelding iſt zwiſchen Arbeitgeberverband und Fachorganiſation. Immerhin überwiegt gegenwärtig bei ihm die wirtſchaftliche Intereſſenvertretung, die für die freie Architektenſchaft infolge der prekären Lage, in der ſich heute zahlreiche Architekten befinden, von beſonderer Wichtigkeit iſt. Dem B.D.A. iſt es aber bisher nicht gelungen, die zahlreichen noch außenſtehenden Architekten ſeiner Organiſation zuzuführen. Insbeſondere ſtehen ihm nicht wenige der bekannteſten Baukünſtler fern. Die Zuſammenfaſſung aller ſelbſtändigen Architekten, die der B.D.A. auf dem Wege der freien ſelbſtgewählten Organiſation nicht zu ſchaffen vermochte, will er nun mit Hilfe einer öffentlich-rechtlichen Körperſchaft verwirklichen.

Der Vertreter der freien Architektenſchaft im Reichswirtſchaftsrat, Herr Architekt Kröger, hat im Auftrage der Leitung des B.D.A. dem Reichswirtſchaftsrat einen Geſetzentwurf zur Bildung von Architektenkammern unterbreitet, mit deſſen Hilfe das Ziel, die Schaffung einer alle wirtſchaftlich ſelbſtändigen Architekten umfaſſenden Standesorganiſation erreicht werden ſoll, und der vor allem darauf zugeſchnitten iſt, den Mitgliedern der Kammer eine geſchützte Berufsbezeichnung zu ſichern, um damit auch äußerlich die Mitglieder der Architektenkammer dem Publikum als beſonders vertrauenswürdig zu kennzeichnen. Eine weitere Aufgabe der Architektenkammer ſoll die Ueberwachung der Einhaltung der Gebührenordnung ſein. Vom Standpunkte der angeſtellten Architekten aus müſſen gegen die Bildung einer derartigen „Zwangsinnung“ und Privilegiſierung ihrer Mitglieder die größten Bedenken erhoben werden. Wir ſtehen auf dem Standpunkt, daß die Bildung von Architektenkammern unnötig und ſchädlich iſt. Unnötig aus dem Grunde, weil die Architektenſchaft im B. D. A. bereits eine Organiſation beſitzt, die ihre wirtſchaftlichen Intereſſen vertreten kann. Daß einzelne Berufsgenoſſen nicht in die Organiſation hinein wollen, kommt ja zu unſerm Leidweſen auch bei den Arbeitnehmern vor, die Herren Künſtler muß man eben bewegen, ſich ihrer Intereſſenvertretung anzuſchließen. Und ſchädlich deshalb, weil mit der Architektenkammer der auf Grund der Reichsverfaſſung geplante organiſche Aufbau des wirtſchaftlichen Rätesyſtems zum Nachteil des Ganzen durchbrochen wird. Soweit ein Bedürfnis für wirtſchaftliche und künſtleriſche Intereſſenvertretung der freien Architektenſchaft beſteht — was wir durchaus nicht leugnen —, kann dieſes im Rahmen der Rätegeſetzgebung ausreichend befriedigt werden. Es iſt ja beabſichtigt, in den Bezirkswirtſchaftsräten den freien Berufen eine gebührende Vertretung einzuräumen. Da dem B. D. A. durch Herrn Architekt Kröger im Reichswirtſchaftsrat ein beſonderer Einfluß geſichert erſcheint, ſo kann auch vom Standpunkt der ſelbſtändigen Architekten aus auf die Bildung einer Architektenkammer ruhig verzichtet werden.

Erbärmliche Zuſtände

Wir erhalten Kenntnis von den Verhältniſſen in der „Thüringer Eſſenzfabrik“, Bornholmer Str. 7, die jeder Beſchreibung ſpotten. In dieſem Eldorado werden u. a. 15 Frauen beſchäftigt, meiſtens Witwen mit 2 bis 4 Kindern, außerdem mehrere Mädchen, die wöchentlich 100 — einhundert — Mark Lohn haben. Nach den verſchiedenen Abzügen verbleiben bare 90 Mark!

Der famoſe Chef dieſer Firma droht jedem Beſchäftigten, der einer Gewerkſchaft angehört, mit Entlaſſung.

Der Fabrikarbeiter-Verband wollte am 15. Januar, da die Verhältniſſe in dieſem Betriebe unerträglich wurden, eine Betriebsverſammlung einberufen. Im letzten Moment teilte jedoch eine Arbeiterin mit, daß die Verſammlung nicht ſtattfinden könne, weil alle in dem Betrieb Beſchäftigten erklärten, aus Angſt vor dem Inhaber nicht zu kommen.

Es liegt nur an den in dieſem Betrieb Tätigen ſelbſt, wenn ſich ein ſolch erbärmlicher Betrieb mit ſeinem Deſpoten von einem Chef an der Spitze konſervieren kann. Hier iſt wieder der klaſſiſche Beweis geliefert, wohin die Arbeiterſchaft käme, wenn ſie nicht ihre Gewerkſchaften hätte.

Alſo hinein in die Organiſation, und Forderungen geſtellt, die eine menſchenwürdige Exiſtenz ermöglichen. Geſchieht das erſtere, dann wird dieſe feine Firma gezwungen werden, nicht nur höhere Löhne zu zahlen, ſondern auch andere Manieren an den Tag zu legen.

Information für Betriebsräte

Die ſteuerliche Behandlung von Bezügen, die vor dem 1. Januar 1922 verdient wurden, aber erſt nach dem 1. Januar 1922 zur Auszahlung gelangen, ſind für Arbeitnehmer und Arbeitgeber recht unklar geblieben. Die Arbeiter und Betriebsräte ſind daher beim Finanzamt Berlin vorſtellig geworden, wie Bezüge ſteuerrechtlich zu behandeln ſind, welche erſt im Januar 1922 zur Auszahlung gelangen, aber ein Entgelt für die Zeit aus den Monaten November und Dezember 1921 darſtellen. Nach § 29 Abſ. 1 des Einkommenſteuergeſetzes erfolgt die Veranlagung für ein Kalenderjahr nach dem ſteuerbaren Einkommen, das der Steuerpflichtige aus dieſem Kalenderjahr bezogen hat. Dieſe Beſtimmung hat durch das neue am 1. Januar 1922 in Kraft getretene Lohnſteuergeſetz vom 11. Juli 1921 keine Aenderung erfahren. Durch dieſes Geſetz iſt lediglich beſtimmt worden, daß der Arbeitslohn in vereinfachter Form beſteuert wird. Daher unterliegt das Arbeitseinkommen des Kalenderjahres 1921 unbeſtreitbar den für dieſes Jahr geltenden Beſtimmungen und es iſt unerheblich, ob die Löhne erſt im Januar 1922 zur Auszahlung gelangen.

Parteiveranſtaltungen

19. Verwaltungsbezirk. Die zu Dienstag, 24. Januar, anberaumte Frauenarbeits- und Kinderſchutzkommiſſions-Sitzung findet wegen der Mitgliederverſammlung in Pankow am Mittwoch, 7 Uhr, im Lokal von Baier ſtatt.

Dienstag, 24. Januar

2. Verwaltungsbezirk. 4. Diſtrikt (Weſten). Abends 7 Uhr Mitgliederverſammlung in der Schulaula Pallasſtr. 15.

Neukölln-Britz. Abends 7 Uhr Sitzung der Kommunalen Kommiſſion im Sitzungszimmer, Rathaus, 1 Treppe.

Lichtenberg-Stadt. Abends 7 Uhr Mitgliederverſammlung in der Aula der Knaben-Mittelſchule, Marktſtraße. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Referent: Genoſſe Kriſte.

Mittwoch, 25. Januar

11. Verwaltungsbezirk. Abends 7½ Uhr Zuſammenkunft aller Betriebsräte, Betriebsobleute, politiſchen Vertrauensleute und Gewerkſchaftsangeſtellten der U. S. P. D. bei Baum, Apoſtel-Paulus-Str. 33. Jeder Schöneberger Betrieb muß vertreten ſein. Mitgliedsbuch legitimiert.

19. Verwaltungsbezirk, Abteilung Niederſchönhauſen. Die Mitgliederverſammlung findet erſt am Donnerstag, den 2. Februar, ſtatt.

5. und 6. Diſtrikt. Abends 7 Uhr öffentliche Verſammlung in der Aula Siemensſtr. 20. Genoſſe Pfarrer Bleier referiert über: „Iſt die weltliche Schule religionslos?“

7. Diſtrikt. Bildungskommiſſion. Abends 7½ Uhr bei Döhling, Brunnenſtr. 73.

18. Diſtrikt. Bildungskommiſſion. Abends 7 Uhr Sitzung der geſamten Bildungskommiſſionsmitglieder des 18. Diſtrikts im Schiller-Lyzeum, Pankſtraße, Zimmer 22, 1 Tr. Bei Nichterſcheinen Vertretung ſtellen oder Mitteilung an Obmann Willy Fiebler, Badſtr. 78.

15. Diſtrikt. Abends 7 Uhr Generalverſammlung in den Fortuna-Sälen, Strausberger Str. 3. Bericht vom Parteitag. Die Funktionäre müſſen einladen.

Donnerstag, 26. Januar.

1. Diſtrikt (Berlin-Mitte). Abends 7 Uhr Mitgliederverſammlung im Gewerkſchaftshaus (Saal 3). Berichterſtattung vom Parteitag. Die Funktionäre werden gebeten, die Mitglieder einzuladen.

5. und 6. Diſtrikt. Abends 7 Uhr öffentliche Verſammlung in der Aula Turmſtraße 85, gegenüber der Bandelſtraße. Genoſſe Bleier referiert über das Thema: „Iſt die weltliche Schule religionslos?“

11. Diſtrikt. Abends 7 Uhr Diſtriktsgeneralverſammlung in der Schulaula Paſteurſtr. 5 (Gemeindeſchule). Tagesordnung: Berichterſtattung vom Parteitag. Genoſſe Stößinger.

Lichtenberg-Stadt und -Land. Elternbeiräte, Erzieher und Klaſſenvertrauensleute. Beſprechung mit den Lehrern im Lichtenberger Rathaus (Sitzungsſaal, Zimmer 25), pünktlich 7 Uhr.

Vereinskalender

Montag, 23. Januar

Vereinigung proletariſcher Kinderfreunde. Abends 7 Uhr Sitzung der Agitationskommiſſion und beſonders intereſſierter Mitglieder im Neuköllner Rathaus, Zimmer 242.

Dienstag, 24. Januar

Mieter-Verband Groß-Berlin, Gruppe Süden. Abends 7 Uhr öffentliche Mieterverſammlungen: Schulaula Prinzenſtr. 51, Schulaula Waſſertorſtr. 31, Schulaula Dieffenbachſtr. 61. Thema: Die Vergewaltigung der Mieterſchaft durch die unberechtigten Mietszuſchläge.

Mittwoch, 25. Januar

Angeſtellte der Holzinduſtrie. Abends 7 Uhr Verſammlung aller Angeſtellten der Holzinduſtriebetriebe in den Sophienſälen, Sophienſtr. 17-18 (Weißer Saal). Tagesordnung: Bericht über den Stand der Tarifverhandlungen. Referenten: Kollegen Neubecker und Silbermann. Wir bitten um zahlreiches und pünktliches Erſcheinen, da wichtige Beſchlüſſe gefaßt werden müſſen. — Afa, Ortskartell Groß-Berlin.

Zentralverband der Angeſtellten. Sektion: Poſt- und Fernſprech-Telegraphenämter. Abends 7½ Uhr Mitgliederverſammlung in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96-97. — **Fachgruppe: Papier. Sektion: Annoncen-Expedition.** Abends 6 Uhr Mitgliederverſammlung in Haverlands Feſtſälen, Neue Friedrichſtraße 35. — **Sektion: Hotel- und Gaſtwirtsgewerbe.** Abends 7 Uhr Mitgliederverſammlung in den Muſikerſälen, Kaiſer-Wilhelm-Str. 31.

Unverlangt eingehende Manuſkripte werden nur dann zurückgeſandt, wenn ein genügend frankierter Briefumſchlag beigefügt iſt. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Leſerkreiſe.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Stahlſchütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkſchaftliches: A. Henſel, Berlin; für den Inſeratenteil und geſchäftliche Mitteilungen: Ludwig Kemeriner, Berlin. — Verlagsgenoſſenſchaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
7½: Der fahrende Schüler [illegible] Der geſtiefelte Kater

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68
7½ Uhr: Heuchler

Staatstheater.
Opernhaus
Ring der Nibelungen
Vorabend
7½ U.: Das Rheingold
Schauſpielhaus
7½ Uhr: Peer Gynt

Dir.: Max Reinhardt
Deutſches Theater
7½ Uhr: Tartüff
[illegible]
Kammerſpiele
8 Uhr:
Anatol
Großes Schauſpielhaus
[illegible]
7½ Orpheus i. d. Unterwelt

Wallner-Theater
Täglich 7½ Uhr
Spitzenkönigin

Theater des Oſtens
(Roſe-Theater)
7½ U.: Verlorenes Glück
(Operettenſchwank)

Trianon-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Elga
v. Gerhart Hauptmann

Theater i. d. Königgrätzer Str.:
In Vorbereitung:
„Die wunderlichen Geſchichten des Kapellmeiſters Kreisler“,
phantaſtiſches Melodram von Carl Meinhard und Rudolf Bernauer (Muſik mit teilweiſer Benutzung von Motiven aus E. T. A. Hoffmanns Oper „Undine“ und Mozarts „Don Juan“ von L. R. v. Reznicek)
Es finden nur noch wenige Aufführungen d. Luſtſpiels
Die Fahrt ins Blaue
täglich ½8 Uhr ſtatt.

Komödienhaus:
Allabendlich 7.30 Uhr:
Karuſſell
mit
Maria Orska
[illegible]

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzeſſin Olala
Ralph Arth. Roberts
Emmy Sturm
Herbert Kiper
Wally Koch

Kleines Theater
Täglich 7½ Uhr:
Jaqueline
Carola Toelle, Falkenſtein

Komiſche Oper
7½ allabendlich 7½
Die große Ausſtattungs-Operetten-Revue
Der Herr der Welt

Reſidenz-Theater
7½ Uhr:
Das weite Land
[illegible]

Theater am Nollendorfplatz
7 Uhr:
Die Ehe im Kreiſe

Walhalla-Theater
8 Uhr:
Die Mondſcheindame

Theater a. Kottbuſer Tor
Tel.: Mpl. 14677
Tägl. 7½ U. u.
Sig. nach. 3 U.
Elite-Sänger
[illegible]
Sch. 11-1½, u. 4-6

Scala
[illegible]
7¼ Uhr:
11 Attraktionen

7½ Caſino-Theater 7½
Der Weg zum Glück
Ab Sonnabend, d. 28. Januar
Familie Gänſeklein
Sig. 3½: Das Geiſterſchloß

[illegible]
Friedrichſtraße 218
[illegible]
Rund um die Welt
[illegible]
6 große Ballette!

Reſidenz-Kaſino
Blumenſtraße 10
Das Paradies der Witwenbälle
Nur Rundtänze

Circus Buſch
Tgl. 7½ Sig. auch 3 U.
Volkstümliche Preiſe!!
[illegible]
Die Schlange d. Durga
[illegible]

Muſiker
für alle Gelegenheiten
durch die Vermittelung des Deutſchen Muſiker-Verbandes, Kaiſer-Wilhelm-Str. 31. Norden 966.

Metall
[illegible]
Oſten, Gröner Weg 30
zahlt Tagespreiſe für
Kupfer, Meſſing, Blei, Zink etc.

Soeben erſchienen!
Clara Zetkin und Henri Walecki
Dem
Reformismus entgegen
Inhalt: Reden auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Italiens in Mailand mit einer Einleitung über die Ergebnisse des Parteitages. Erklärung der Delegation des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale — 72 Seiten
Preis: Mk. 6.—. Organisationsausgabe: Mk. 4.50
Zu beziehen durch:
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg
alle Buchhandlungen und Auslieferungsstellen der KPD.

Botenfrauen ſofort geſucht
Austragelohn
pro Monat u. Abonnement M. 420
Hauptexpedition
C. 2, Breite Straße 8-9
Spedition Wuzky
Choriner Straße 68
Tour: Berge, Borſig-, Gartenſtraße.
Spedition Jordan
Dresdener Straße 24
Spedition Sinner
Skalitzer Straße 101
Spedition Gleiſche
Pankſtraße 60 (Laden)
Spedition Kolbe
O, Weberſtraße 25
Spedition Franke
Genter Straße 34
Spedition Lohmann
Huſſitenſtraße 43
Spedition Franzen
Wittſtocker Straße 19

Kleine Anzeigen

Verkäufe
Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Ulſter, Schlüpfer, moderne Maßarbeit. Bequeme, diskrete Ratenzahlung. Leiſer Gottlieb, Roſenthalerſtr. 23a, Nähe Roſenthaler Platz. Geöffnet 9—7.
Gelegenheitskäufe. Gute und billige Bücher jeden Art findet man ſtets in der Buchhandlung „Freiheit“. Breite Str. 8-9.
Teppiche, wenig gebraucht, verkauft billig Stein, Anklamer Str. 20.

Möbel
Chaiſelongues 180,—, Chaiſelonguedecke 75,—, Metallbetten 180,—. Rindsbrettlager. Mecke, Augsburgerſtraße 9a. Quergeb.
Teilzahlung. Gruppelmöbel, ganze Einrichtungen, bequemer Zahlweiſe. Möbelhaus [illegible], Badſtr. 34.
Bilder, Kunſtblätter, Wandſchmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit“ Breite Str. 8-9.

Fahrräder
Fahrradankauf, Uferſtr. 13.

Werkzeuge u. Maſchinen
Schnellaufſtahl kauft laufend Morgenſtern, Lichtenberg, Weichſelſtr. 13

Kaufgeſuche
Schellack, Leim, Malerartikel kauft jeden Poſten. Farbenkeller, Linienſtraße 199a (Roſenthaler Platz). Norden 5063.
Gerhart Hauptmann's Werke, komplett, kauft Buchhandlung „Freiheit“ Breite Str. 8-9
Gitarre oder Laute zu kaufen geſucht. Schriftliche Angebote an Kutſch, Jagowſtr. 13.
Sudermanns Werke komplett kauft Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9

Arbeitsmarkt
Botenfrauen ſofort geſucht. Spedition Schüler, Gneiſenauſtr. 38
Händler geſucht für den Vertrieb aktueller Broſchüren. Buchhandlung „Freiheit“ Breite Straße 8-9.
Botenfrauen werden verlangt. Barnberg, Reinickendorf-Oſt, Reſidenzſtraße 126.